

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 21.09.2018

Von Knut Mellenthin

22.09.2018

## Zurück an den Verhandlungstisch

*Nach dem Gipfeltreffen der beiden koreanischen Staaten wollen die USA ihre Gespräche mit der DVRK wieder aufnehmen*



*Werbung für ein erfolgreiches Gipfeltreffen am Dienstag in Seoul*

Foto: Kim Hong-Ji/REUTERS

Die US-Regierung will die ins Stocken geratenen Gespräche mit der Demokratischen Volksrepublik Korea am liebsten »sofort« wieder aufnehmen. Das verkündete Außenminister Michael Pompeo am Mittwoch (Ortszeit). Als ersten Schritt habe er seinen nordkoreanischen Amtskollegen Ri Yong Ho eingeladen, sich mit ihm in der nächsten

Woche am Rande der UN-Vollversammlung in New York zu treffen. Gleichzeitig schlug Pompeo der DVRK vor, »zum frühestmöglichen Zeitpunkt« Vertreter zu Gesprächen mit dem Geschäftsmann und Diplomaten Stephen Biegun in Wien zu entsenden. Der 55jährige, der in den letzten 14 Jahren als Manager für den Ford-Konzern gearbeitet hat, war von Donald Trump im August zum Sonderbeauftragten für Nordkorea ernannt worden.

Biegun hätte im August zusammen mit Pompeo nach Pjöngjang fliegen sollen. Trump sagte diese Reise jedoch kurzfristig ab, weil die Verhandlungen über die »Entnuklearisierung« der DVRK seit seinem Treffen mit Staats- und Parteiführer Kim Jong Un am 12. Juni in Singapur »keine ausreichenden Fortschritte gemacht« hätten. Dass nun doch wieder auf Regierungsebene gesprochen werden soll, begründete Pompeo am Mittwoch mit den »wichtigen Verpflichtungen«, die Kim während des dreitägigen Staatsbesuchs des südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In eingegangen sei.

In Wirklichkeit enthält die »Gemeinsame Erklärung« der beiden Politiker vom 19. September zwar viele bedeutende praktische Vereinbarungen zur Zusammenarbeit zwischen den koreanischen Staaten, aber nichts wesentlich Neues zur »Entnuklearisierung«. Nur zwei Punkte von insgesamt 17 beschäftigen sich mit diesem Thema. Erstens: Nordkorea werde seine Testanlage für Raketenmotoren in Dongchang-Ri »unter Aufsicht von Experten aus relevanten Ländern dauerhaft zerstören«. Das hatte Kim allerdings auch schon beim Gipfel in Singapur versprochen. Neu hinzugekommen sind höchstens die internationalen Beobachter. Ein Termin steht offenbar immer noch nicht fest. Zweitens, so wörtlich der letzte Punkt der Gemeinsamen Erklärung: »Der Norden drückte seine Bereitschaft aus, mit der Durchführung zusätzlicher Maßnahmen fortzufahren, wie etwa der dauerhaften Zerstörung der Atomanlagen in Njongbjon, sofern die USA korrespondierende Maßnahmen im Geist der Gemeinsamen Stellungnahme vom 12. Juni unternehmen.«

Welche konkreten Gegenleistungen die DVRK von Washington fordert, ist nicht öffentlich bekannt. Vielleicht wird Südkoreas Präsident Moon dazu Informationen übermitteln, wenn er am Montag das Weiße Haus besucht. Allgemein wird angenommen, dass die Nordkoreaner als minimale vertrauensbildende Maßnahme die Bereitschaft der USA zur förmlichen Beendigung des seit 1950 immer noch bestehenden Kriegszustandes erwarten. Aber auch eine teilweise Lockerung der harten Sanktionen gehört wahrscheinlich zu den Bedingungen für weitere Zugeständnisse der DVRK. Immerhin hat Nordkorea als einseitige Vorleistung schon seine Versuchsanlage für Atomexplosionen

zerstört und hält seit Ende vorigen Jahres ein Testmoratorium ein. Der letzte Atombombentest fand am 3. September 2017, der letzte Raketenstart am 28. November 2017 statt.

In seiner Presseerklärung vom Mittwoch sprach Pompeo von einem »Prozess der raschen Entnuklearisierung Nordkoreas, der bis Januar 2021 abgeschlossen sein soll«, wie Kim das versprochen habe. Von einer derartigen Selbstverpflichtung ist jedoch öffentlich nichts bekannt. Es ist im Gegenteil äußerst unwahrscheinlich, dass der Staats- und Parteichef der DVRK eine solche Zusage abgegeben hat. Der Wunschtermin der US-Regierung ergibt sich nur daraus, dass im Januar 2021 Trumps Amtszeit endet. Aber internationale Experten rechnen im besten Fall mit einem komplizierten, stufenweisen, sehr viel längeren Verlauf, der entscheidend von der Bereitschaft der USA abhängt, reale Gegenleistungen zu erbringen.